

# Mittheilungen

## über die Verhandlungen des Landtags.

### I. Kammer.

N<sup>o</sup> 7.

Dresden, am 8. December

1849.

Vierte öffentliche Sitzung der ersten Kammer  
am 5. December 1849.

#### Inhalt:

Registrandenvortrag. — Ankündigung einer Interpellation des Abg. v. Carlowitz, die deutsche Frage betreffend. — Verweisung derselben an das Gesamtministerium. — Antrag auf Verstärkung des Finanzausschusses, Besprechung darüber und Verlegung der Wahl zwei neuer Mitglieder zu demselben auf die nächste Tagesordnung. — Beantwortung der Interpellation des Abg. D. Joseph, die noch nicht erfolgte Einberufung des Abg. Lindner betreffend, durch den Staatsminister v. Friesen. — Einstweilige Zurücknahme eines hierauf gestellten Antrags von Seiten des Interpellanten. — Mündliche Begründung des Antrags desselben Abgeordneten, die Nachwahl im 62., 66. und 71. Bezirke betreffend. — Verweisung desselben an den Legitimationsausschuß. — Erklärung desselben Abgeordneten, die Erledigung einer zweiten Interpellation, noch nicht beendigte Wahlen betreffend. — Wahl des außerordentlichen Ausschusses, die Beschwerdenprüfung der Suspendirten etc. betreffend. — Bemerkung, die Berathung des Berichts, die Erläuterungen des §. 231 der Grund- und Hypothekenordnung betreffend.

Die Sitzung beginnt gegen ¼11 Uhr in Gegenwart von 32 Mitgliedern. Das Protocoll der letzten Sitzung wird verlesen, genehmigt und von den Abgg. Haden und Freiherr v. Herder mitunterzeichnet. Der Vortrag der Registrande beginnt mit:

(Nr. 42.) Gesuch Henrietten verw. Gerbeth zu Delznitz im Voigtlande um Verwendung für Entlassung ihres in politischer Haft zu Voigtsberg befangenen Sohnes Christoph Heinrich Gerbeth gegen cautio juratoria oder eine andere.

Präsident Georgi: Wird zum Geschäftskreis des vierten Ausschusses gehören. Ist die Kammer damit einverstanden? — Einstimmig Ja.

(Nr. 43.) Ernestine Schilbach zu Plauen überreicht einen Aufsatz zu Begründung einer Behauptung in ihrem unter Nr. 5 der Registrande eingegangenen Haftentlassungsgesuch für ihren Ehemann.

Präsident Georgi: Wird an denselben Ausschuß, den vierten, zu gelangen haben.

I. K. (I. Abonnement.)

(Nr. 44.) Petition der Mühlenbesitzer Michael Kummer zu Laßke und Genossen, die Entschädigungsansprüche derselben an die Gutsherrschaft wegen Aufhebung des Mahlzwangs, sowie die unentgeltliche Aufhebung der Erbpachtsqualität und die Ablösung des Canons betreffend, vom Abg. Biesch überreicht.

Abg. Biesch: In dieser von mir eingereichten Petition handelt es sich lediglich um Erlass eines Gesetzes, und ich will demnach hiermit den Wunsch ausgesprochen haben, diese Petition an den ersten oder zweiten Ausschuß zu verweisen.

Präsident Georgi: Nach der Geschäftsordnung würde diese Petition an den vierten Ausschuß zu gelangen haben, da auch solche Petitionen, welche sich auf Erlassung von Gesetzen beziehen, sobald diese noch nicht vorliegen, an den Petitionsausschuß zu verweisen sein werden, und sobald daher die Kammer nichts Anderes beschließt, wird diese Petition an den vierten Ausschuß abzugeben sein. Ist die Kammer hiermit einverstanden? — Einstimmig Ja.

(Nr. 45.) Mit Kreuzcouvert an die erste Kammer eingesendete Nr. 4 und 5 des in Leipzig erschienenen „Fliegenden Blattes aus Sachsen“ in je 50 Exemplaren.

Präsident Georgi: Ist bereits vertheilt worden.

(Nr. 46.) Bericht des zweiten Ausschusses, den Gesetzentwurf zu Entscheidung eines über §. 231 des Gesetzes vom 6. November 1843 entstandenen Zweifels betreffend.

Präsident Georgi: Wird gedruckt und kommt auf eine künftige Tagesordnung.

(Nr. 47.) Bericht des ersten Ausschusses über das Königl. Decret, die Abänderung einer Bestimmung in dem Gesetze über den Gewerbsbetrieb auf dem Lande vom 9. October 1840 betreffend.

Präsident Georgi: Ist ebenfalls zu drucken und auf eine künftige Tagesordnung zu bringen. — Somit wären die Nummern der heutigen Registrande beendigt. Eingegangen ist noch eine Interpellation des Abg. v. Carlowitz folgenden Inhalts:

An das Königl. Gesamtministerium.

Bei Eröffnung des Landtags ist den Kammern eine Vorlage über die Stellung, welche die Regierung in der deutschen Frage eingenommen hat und ferner einzunehmen gedenkt, zugesichert worden.